

„18 Monate sind sportlich, aber machbar“

VON JOCHEN STUMPF

Haslach: Das Schotterwerk Böttinger macht sich nach Genehmigung des Böblinger Landratsamts zum Neubau an die Konkretisierung der Planungen



„Da kommt Bewegung rein“, sagt Hans-Martin Kübler, geschäftsführender Gesellschafter der Schotterwerk Böttinger GmbH. Das Unternehmen erhielt vergangene Woche die Genehmigung des Böblinger Landratsamts, im Haslacher Steinbruch in der Plapphalde ein neues Schotterwerk zu errichten (der „Gäubote“ berichtete). Nun nimmt die Firma dazu Stellung.

Geschäftsführer Hans-Martin Kübler möchte nun die Erweiterung des Haslacher Steinbruchs rasch voranbringen GB-Foto: Schmidt

Dieser Genehmigung war ein juristischer Streit vor dem Stuttgarter Verwaltungsgericht vorausgegangen. Das Landratsamt in Böblingen hatte vom Schotterwerk die Stilllegung der bestehenden technischen Anlage angedroht, wenn sie nicht auf den aktuellen Stand der Technik gebracht würde. Gleichzeitig hatte das Unternehmen einen Neubau beantragt, über dessen Genehmigung zu entscheiden war. Vor Gericht hielt die Vorgehensweise der Böblinger Behörde nicht stand. Es kam zum Ergebnis: Stilllegung ja, aber erst nach 18 Monaten bei simultanem Neubau in diesem Zeitraum. Diese Uhr tickt seit vergangener Woche.

Firma will nicht als „Brunnenverschmutzer“ gelten

Maßgeblich für die Genehmigung war die Stellungnahme des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) im Regierungspräsidium Freiburg, wie Kübler anmerkt und vergangene Woche bereits der stellvertretende Landrat Martin Wuttke erklärte. „Brunnenverschmutzer“, sagt Kübler, wolle seine Firma nicht sein, nachdem der Wasserversorger der Ammertal-Schönbuch-Gruppe und die Stadt Herrenberg Bedenken hinsichtlich des Grundwassers geäußert hatten. Auch die Haslacher Bürgerinitiative sah darin eine große Gefahr, die gegen ein neues Schotterwerk, aber ebenso gegen die beantragte Erweiterung der Abbaufäche des Steinbruchs spräche. „Sie hatten sich von der Stellungnahme des LBGR erhofft, dass es den Gesteinsabbau verhindert“, meint Kübler zur BI. Währenddessen hatte er sich mit den Wasserversorgern auf mehrere Messstellen geeinigt, um den Zustrom im Westen und den Abstrom im Osten zu überwachen. „Es ist gut, dass wir da beim Grundwassermonitoring einen Kompromiss gefunden haben“, erklärt Kübler. „Das hatten wir bislang nicht.“

Die Schotterwerk Böttinger GmbH rechnet damit, sechs Millionen Euro in den Neubau des Werks investieren zu müssen. „18 Monate sind sportlich, aber machbar“, sagt Hans-Martin Kübler zu den Rahmenbedingungen. „Da dürfen wir uns nicht Zeit lassen. Wir sind uns der Stilllegungsverfügung bewusst.“ Denn es seien etwaige Unwägbarkeiten wie Lieferschwierigkeiten in dieses Zeitfenster bereits eingepreist. Nun werden zunächst die Pläne basierend auf den Vorgaben in der Genehmigung überarbeitet und konkretisiert. Laut Kübler gilt es dabei zu prüfen, ob beispielsweise die Höhenmeterangaben für Silos sich geändert haben und andere Punkte anzupassen sind. Auch zum Wasserschutz hatte das Landratsamt in diesem Zusammenhang weiterführende Auflagen erlassen (der „Gäubote“ berichtete). „Das Fundament wird angehoben, um eine Überflutung auszuschließen und das aufsteigende Grundwasser aufzufangen“, erläutert Kübler.

Noch in diesem Jahr soll mit den Rohbauarbeiten begonnen werden. Sie sollen über den Winter laufen und Ende März idealerweise fertig sein, sagt Kübler. „Mitte nächstes Jahr wird ein erheblicher Teil des neuen Werks fertig sein.“

Parallel zum Neubau möchte Kübler in diesem 18-monatigen Zeitfenster die Genehmigung für die Erweiterung des Steinbruchs erhalten. Muschelkalk und Dolomit darf der Betreiber aktuell auf 26,4 Hektar Fläche abbauen, sie soll nun um 5,7 Hektar erweitert werden. Die bisherige Fläche reicht noch für maximal zwölf Jahre – ein Zeitraum, der für die Amortisierung des neuen Werks laut dem Geschäftsführer nicht reicht. Kübler rechnet mit einer Abschreibung nach 20 Jahren. In der Stellungnahme des LGBR sieht er nun die Grundlage für die zweite angestrebte Genehmigung: „Wir haben einen Genehmigungsanspruch, wenn nicht signifikante Gründe gegen den Gesteinsabbau sprechen.“ Die Bürgerinitiative um deren Sprecher Thomas Deines hatte die Neubaugenehmigung als „skandalös“ bezeichnet. „Damit konterkariert er die Fachkenntnis aller Behörden und auch der Wasserversorger.“
